

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/66

Bonn, den 6. April 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	Mit doppelter Zunge Einmal Bundestag - einmal Manöver	45
2 - 3	Der Trick mit der "Wachablösung" Pantoffelholden für die CDU - Über drei Banden gespielter Kalkül Von Karl Garbe	103
4	2 000 Experten ... "Der Himmel über Rhein und Ruhr muß wieder blau werden"	41
5 - 6	Europa-Probleme in Berlin Aktuelle Fragen vor dem Deutschen Bundestag Von Egon C. Heinrich	44

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn 1, Postfach

Büro: Baunscheidtstraße 17 • Telefon: Geschäftsführung 2 19 01 / 3 19 • Redaktion 2 18 31 / 32 • Telex: 8 886 890

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

### Mit doppelter Zunge

---

#### Einmal Bundestag - einmal Manöver

sp - Die in Pankow künstlich hochgespielte Erregung über die Sitzung des Deutschen Bundestages in Berlin läuft zweigleisig und wird mit doppelter Zunge angereichert. Es fing mit der Behauptung an, der Deutsche Bundestag könne und dürfe nicht in Berlin tagen, er habe kein Recht dazu, und wenn er trotzdem in die alte deutsche Hauptstadt komme, dann sei dies eine Provokation und ein "erneuter Beweis für das Wiederaufleben des Revanchismus in Bonn".

Kaum hatte sich die gesamte Ostblockpresse auf diese Sprachregelung "eingespielt", tauchte ein neues Argument zur Begründung der massiven Verkehrsbehinderungen auf den Zugangsstrassen nach Berlin auf. Jetzt hiess es auf einmal, die Verzögerungen bei der Abwicklung des Verkehrs auf der Autobahn seien notwendig, weil im Westen Berlins schon seit langem vorbereitete kombinierte Manöver der "Nationalen Volksarmee" und der sowjetischen Besatzungstruppen stattfänden. Vereinzelt wurde sogar angedeutet, die Reisenden aus der Bundesrepublik könnten Spione sein und von der Autobahn aus die Truppenbewegungen verfolgen oder gar mit ihren Fotoapparaten sowjetische Panzer fotografieren.

Die eine Begründung für das Störmanöver ist so unsinnig wie die andere. Weder wird durch die Anwesenheit des Deutschen Bundestages in Berlin irgend jemand provoziert, noch entsteht durch die Autobahnbenutzer für die manövrierenden Truppen eine Gefahr.

Das Ganze zeigt nur den schlechten Willen der Machthaber in Pankow, die - wir wiederholen es noch einmal - ganz offensichtlich daran interessiert sind, dass zwischen Ost und West Ansätze zu einer Politik der Entspannung zerstört werden.

Im übrigen sind die Pankower und Moskauer Initiatoren der Störmanöver schlecht beraten, wenn sie etwa glauben, sie könnten durch solche Aktionen in der Weltöffentlichkeit Sympathien für sich erwecken. Das Gegenteil ist der Fall. Die Weltöffentlichkeit ist wieder einmal durch die von Pankow heraufbeschworene Situation darauf aufmerksam gemacht worden, dass die Zweiteilung Deutschlands und das ungelöste deutsche Problem ein Faktor der internationalen Unruhe an sich ist.

So drastisch wie diesmal, als Pankow dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, den Weg zu seiner Arbeit in der ihm anvertrauten Stadt versperrte, ist wohl noch nie gezeigt worden, wie bedenkenlos, aber auch kleinkariert, das SED-Regime die Deutschland- und Berlinfrage sieht. Den Kommunisten und Scharfmachern in Pankow dürfte es schwerfallen, einem ihnen sogar günstig gesonnenen Bürgermeister irgendeiner Stadt in der Welt begreiflich zu machen, dass hier etwas "politisch Notwendiges" geschehen sei.

Als Ergebnis aller dieser Störaktionen Pankows - das darf mit Sicherheit angenommen werden - wird ein noch grösserer Abscheu in der Welt vor den Methoden des SED-Regimes sein, das nicht nur eine Mauer und Stacheldraht braucht, um sich halten zu können, sondern auch Unruhe und eine Verschärfung der internationalen Lage.

## Der Trick mit der "Wachablösung"

Pantoffelhelden für die CDU - Über drei Banden gespieltes Kalkül

Von Karl Garbe

Eröffnungspartie 1965: Rochade und Springeropfer. Herr Dufhues, der Geschäftsführende Vorsitzende der CDU, hat für den Fall eines Wahlsieges seiner Partei eine grosse Wachablösung im Kabinett des Herrn Professor Erhard gefordert. Im Wahljahr ist eine so exponierte Äusserung eines so exponierten Mannes besonders erstaunlich. Der Analytiker hat deshalb die Frage nach dem WARUM, nach den gegebenen Ursachen und den beabsichtigten Wirkungen hinter die Kulissen des Parteitags-Oratoriums zu zielen.

Zuerst: Die unbeabsichtigte Wirkung ist offenkundig. Nur wenige Blätter im deutschen Blätterwald rauschen wie verberechnet - nur wenige CDU-Pröminente leihen der Dufhues-Forderung ihre Zunge, denn nur wenige haben dieses über drei Banden gespielte Kalkül begriffen.

Dem CDU-Wahlkampfmacher Dufhues ist keine rhetorische Entgleisung passiert - ihn hat auch nicht der Hafer gestochen - nein, er hat lediglich einen Teil der Wahlkampfstrategie nicht in die angemessene Taktik zu übersetzen vermocht. Das sozialwissenschaftliche Datengerüst, das der CDU-Strategie zugrunde liegt, ist sogar von Herrn Erhard nicht aus der Welt zu schaffen - und auch nicht die daraus abgeleiteten strategischen Schlussfolgerungen.

Trotz der grossen Erregung in seinem Kabinett bequeme sich der Bundeskanzler deshalb nur zu der Beschwichtigung: "Meine Herren, Sie wissen doch, ich bin schon immer gegen Massenmorde gewesen!" - Speziell für diesen Hausgebrauch liegt dabei die Betonung auf M a s s e n.

Aber warum wirft die CDU einen Stein in dieses Wasser und riskiert einen Wellenschlag, der die innere Solidarität und das Vertrauen untereinander nicht unerheblich erschüttert? Hier wird doch offensichtlich ein Verlust bewusst in Kauf genommen, um an anderer Stelle einen desto grösseren Gewinn zu kassieren.

In der Tat - die Sache ist leidlich fein gesponnen und trotz des taktischen Ausrutschers noch nicht aus dem Verkehr. Hier soll sie jetzt ruhbar werden, denn erst durch die Pikanterie der Hintergründe lässt sich das Vordergründige besser geniessen.

Bei dem zu erwartenden Kopf-an-Kopf-Rennen der beiden grossen Parteien kommt es bekanntlich zum ersten Male entscheidend auf die Wahlkampagne selbst an. Auch die CDU kann sich keine schwachen Stellen mehr leisten.

Nun glauben Herr Dufhues und seine Wahlstrategen aus den in jahrelanger Vorarbeit gewonnenen sozialwissenschaftlichen Informationen unter anderem zwei besonders wichtige Ergebnisse herauslesen zu können:

1. In der öffentlichen Meinung sind die CDU-Politiker sowohl bekannter als auch besser zensiert als die Spitzenkandidaten der SPD. Bei der offenen Frage nach den Namen von Politikern der Bundesrepublik wurden Erhard und Adenauer vor Brandt am häufigsten genannt. In weitem Abstand folgten Schröder und Mende. Bei Listenvorgabe erreichten den höchsten Bekanntheitsgrad Adenauer mit 97 Prozent, Erhard mit 96 Prozent, Brandt mit 94 Prozent usw. Als besonders eindrucksvoll wertete es dabei die CDU, daß von 31 Namen, die bei der offenen Frage überhaupt genannt werden, 22 zu CDU-Politikern gehören.

Bei dem Index über positive und negative Benotungen fielen besonders neben dem schlechten Abschneiden von Herrn Mende (-14) die Minusnoten für Lücke (-10), Blank (-15) und Strauß (-35) auf.

Sowohl im Bekanntheitsgrad wie auch in der Benotung wurde die institutionell bedingte Startungleichheit zwischen CDU/CSU-Ministern und SPD-Politikern deutlich. Als Hauptgrund wird dafür die tägliche natürliche Nachrichtenschwemme "kraft Amtes" angesehen.

Diesen in der Natur der Sache liegenden Vorsprung muß die CDU für sich ausnutzen - das entsprechende Gutachten hebt diese Tatsache ausdrücklich als "eine Chance günstig für die CDU bei einem Kopf-an-Kopf-Rennen mit der SPD" hervor.

2. In der öffentlichen Meinung wird folgende paradoxe Situation konstatiert: Auf der einen Seite ist man mit der allgemeinen wirtschaftlichen wie mit der persönlichen Lage zufrieden, hegt optimistische Zukunftserwartungen, identifiziert weitgehend die Politik der Bundesregierung mit der CDU und den führenden Kräften der Gesellschaft - auf der anderen Seite ist seit 1961 ein Schrumpfen der CDU-Anhängerschaft im Gegensatz zum Wachstum der SPD zu beobachten, sieht der Wähler auch gerade in den Sachentscheidungen der SPD wirkliche Alternativen zu den Sachentscheidungen der CDU.

Hatte vor den jüngsten Krisen die Arbeit der Bundesregierung in der Außenpolitik noch eine Benotung von + 32, so bringt es die Familienpolitik auf + 16 und dann geht es rapide nach unten: Eigentumspolitik + 3, Gesundheitspolitik + 2, Verkehrspolitik - 27, Altershilfe - 30.

Der entsprechende Bericht wertet neben anderen Ursachen dafür an erster Stelle: Die Identifizierung von Regierung und CDU und die Anerkennung der Verantwortlichkeit der CDU für die bestehenden Verhältnisse bewirken, daß es für alle Kritik an unserer gesellschaftlichen und politischen Entwicklung nur einen Adressaten gibt: die CDU und die Bundesregierung.

Diese beiden Meinungsfiguren flankieren den Eingang zum Verständnis der Wachablösungsparole des Herrn Dufhues.

Auf der einen Seite will er sich die Popularität der Minister für die Personalisierung der Kampagne nutzbar machen. Sie sollen die Kontinuität der bisherigen Politik und ihrer sachlichen Bezüge für jene Wähler verbürgen, die eben ihre Zufriedenheit mit dieser Politik bekunden.

Auf der anderen Seite macht er den Wählern, die unzufrieden mit Taten und Unterlassungen der Regierung und ihrer Minister sind, ein umgekehrtes Angebot - er bietet ihnen die Köpfe just eben dieser Minister in Form der verheißungsvollen Wachablösung. Die Sachprobleme werden sich dann von selbst erledigen.

Auf diese Weise kommt Herr Dufhues zu einer ganz neuartigen Dramaturgie der Kontroversen in der parlamentarischen Demokratie. So möchte er die politische Arena statt mit Helden - mit Pantoffelhelden bevölkern. Sie sollen nicht Nein zur CDU sagen - sondern Ja.

Er integriert in die Regierung gleichzeitig die Opposition. Wer für die Regierung ist, kriegt die alten - wer dagegen ist, kriegt neue Minister. Die Kritik bekommt ein Ventil. Das klassische Ventil ist der Prügelknabe. Herr Dufhues ist also in der Rolle jenes Adepten, der den Mietern niedrigere und den Vermietern höhere Mieten verspricht.

Sein Motiv ist einleuchtend. Er möchte schlicht, daß die Anhänger der Regierung CDU wählen können und die Gegner der Regierung auch. Obwohl der Theaterdonner durchaus einkalkuliert ist, ging der erste Versuch dazu etwas nach hinten los. Aber die Wahlstrategie kann auf diese komplizierte Operation kaum verzichten. Man wird es erleben.

Wir kennen den Täter, wir kennen die Tat - nur die Durchführung macht uns noch neugierig.

2000 Experten ...

"Der Himmel über Rhein und Ruhr muss wieder blau werden"

BH - Es ist wirklich gut, dass zur Zeit in Düsseldorf 2000 Experten für Schmutzbekämpfung darlegen, was alles getan werden muss, damit der Himmel über den Industriegebieten wieder blau wird. Es ist auch erfreulich, dass sich die Bundesgesundheitsministerin, Frau Dr. Schwarzhaupt, zur Fürsprecherin für durchgreifende Massnahmen gegen die Verschmutzung der Luft macht. Dass hierbei die Autoabgase als besonderes Sorgenkind der Frau Gesundheitsministerin erwähnt werden und dass sogar ein Gesetz in Aussicht gestellt wird, durch das die Verpflichtung zum Filtern von Autogasen geregelt werden soll, ist anzuerkennen.

Alles ist gut und notwendig, was dazu beitragen kann, den Menschen in den Industriegebieten - besonders an Ruhr und Rhein - wieder reine Luft zu verschaffen. Jede hierzu dienende Massnahme wird die Sympathie aller vernünftigen Menschen finden, und es dürfte sich wohl kaum jemand erheben, der den konzentrierten und koordinierten Kampf gegen die Luftverschmutzung heute noch als Unsinn bezeichnet. Wer dies tut, kann gewiss sein, von den Menschen an Rhein und Ruhr in die Wüste geschickt zu werden. Und das mit Recht!

Aber war das immer so? Kommt die ganze Aktion, von Rundfunk, Fernsehen und Presse jetzt so erfreulich wirkungsvoll publiziert, nicht reichlich spät?

Erinnern wir uns: Als Willy Brandt vor mehr als vier Jahren als erster deutscher Politiker die Reinhaltung der Luft zu einer Gemeinschaftsaufgabe erhob und er hierbei seine Forderung in dem populären Satz zusammenfasste: "Der Himmel über Rhein und Ruhr muss wieder blau werden!" ergoss sich über ihn eine Flutwelle von Spott und Hohn. Wochenlang wurde davon geredet und geschrieben, dass Willy Brandt "leere Wahlparolen" verkünde. Angebliche Experten "bewiesen", dass alles gar nicht so schlimm sei. Andere Experten behaupteten - sie widersprachen damit ihren Kollegen -, die Reinhaltung der Luft in den Industriegebieten sei ein so kostspieliges Unternehmen, dass die ganze Wirtschaft zum Teufel gehen würde, wollte man ihr oder dem Steuerzahler die finanziellen Lasten für die Bekämpfung von Schmutz und Abgasen zumuten.

Jetzt tut die Prominenz der CDU so, als sei die Bekämpfung von Schmutz und Abgasen in den Industriebezirken eine "ganz aktuelle Aufgabe". Hört man Frau Dr. Schwarzhaupt, dann könnte man meinen, sie habe höchstpersönlich entdeckt, dass etwas geschehen müsse.

Aber lassen wir das. Die Hauptsache ist, dass die Menschen in unseren Industriegebieten möglichst bald wieder frei atmen können. Diese Menschen, die jahrelang auf die erlösende Tat gewartet haben, werden selbst wissen, wer für die Versäumnisse in der Vergangenheit verantwortlich ist.

## Europa-Probleme in Berlin

Aktuelle Fragen vor dem Deutschen Bundestag  
Von Egon C. Heinrich

Die Berlin-Sitzung des Deutschen Bundestages hat eine Tagesordnung, die - wenn nicht aussergewöhnliche Ereignisse andere Probleme als Dringlichkeitsaufgaben erscheinen lassen - innen- und aussenpolitisch einige Brisanz enthält. So stehen neben der Fragestunde und der Privatisierung der Vereinigten Elektrizitäts- und Bergwerks-AG (VEBA) auch zahlreiche Vorlagen zur Europapolitik zur Debatte. Während die VEBA-Privatisierung eine auf den Wahltermin abgezielte Aktion der Bundesregierung ist, versprechen Fragestunde und Europa-Debatte politische Brisanz. In der Fragestunde geht es um die Vorschläge des FDP-Vorsitzenden M e n d e zur Deutschland- und Osteuropa-Politik, die er auf dem FDP-Parteitag in Frankfurt gemacht hat. Mende forderte u.a. die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen mit den Ostblockstaaten und die Bildung technischer Kommissionen zwischen der Bundesrepublik und der Zone. Beide Forderungen werden von der CDU/CSU scharf abgelehnt.

### Wie ist jetzt das Verhältnis Bonn - Paris ?

Besondere Aktualität kommt jedoch der Europa-Debatte zu. Derzeit sind die offiziellen deutsch-französischen Beziehungen wieder einmal auf einem Tiefpunkt angelangt. Nachdem Bundeskanzler Erhard im Januar himmelhochjauchzend aus Rambouillet zurückkehrte, scheint er jetzt wieder zu Tode betrübt. Die vom Bundeskanzler noch vor den Bundestagswahlen am 19. September gewünschte Europa-Konferenz über die Politische Union Europas ist durch das NEIN de Gaulles vorerst blockiert. Staatspräsident de Gaulle möchte vor der Konferenz erst die für ihn wichtigen Agrarentscheidungen im EWG-Ministerrat durchziehen. Im Dezember finden in Frankreich Präsidentenwahlen statt. Und da in der französischen Landwirtschaft weit mehr Menschen tätig sind als in der deutschen, hat de Gaulle natürlich alles Interesse daran, die Agrarentscheidungen in einem für Frankreich günstigen Sinne unter Dach und Fach zu bringen.

Eine weitere Belastung der deutsch-französischen Beziehungen stellt der jetzt zwischen Moskau und Paris abgeschlossene Vertrag über die Einführung des französischen Farbfernsehensystems SECAM dar. Da die anderen Ostblockländer ebenfalls das französische System übernehmen wollen, bedeutet dies, dass die 17 Millionen Bewohner der Sowjetunion das zukünftige westdeutsche Farbfernsehen nicht empfangen können. England und die skandinavischen Länder sind für das amerikanische Farbfernsehensystem, so dass die fernsichttechnische Dreiteilung Europas in einigen Jahren perfekt werden dürfte.

### SPD für direkte Wahl zum Europäischen Parlament

Bei den Europa-Vorlagen, die in der Berliner Kongresshalle diskutiert wurden, handelt es sich überwiegend um Initiativen der SPD-Bundestagsfraktion. In dritter Lesung wird der SPD-Gesetzesentwurf zur direkten Wahl der 36 deutschen Mitglieder des Europäi-

schen Parlaments beraten. Leider wurde der Entwurf, der die Europa-Wahlen zusammen mit der Bundestagswahl im September vorsieht, im Bundestagsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten von den Koalitionsfraktionen a b g o l o h n t. Das gleiche Schicksal dürfte er in Berlin erleiden. Das ist bedauerlich. Denn direkte Wahlen zum Europäischen Parlament wären ein ausgezeichnetes Mittel gewesen, um dem Europagedanken einen starken Auftrieb zu geben. Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments werden zur Zeit noch von den einzelnen nationalen Parlamenten ins Europäische Parlament delegiert, obwohl im EWG-Vertrag Direktwahlen vorgesehen sind. Entsprechende Vorschläge scheiterten im EWG-Ministerrat bisher an der Haltung Frankreichs. Der SPD-Entwurf bot nun die Möglichkeit, den französischen Widerstand zu umgehen. Daß die Koalitionsparteien den SPD-Entwurf - übrigens aus primär formaljuristischen Gründen - ablehnen, ist vor allem deshalb verwunderlich, weil sich Adenauer und Dufhaus bereits für das gleiche Verfahren ausgesprochen hatten. Aber offenbar gönnt man der SPD den Erfolg nicht.

#### Parlamentarische Kontrolle der europäischen Organe

Weitgehend durchgesetzt hat sich die SPD-Bundestagsfraktion dagegen mit drei weiteren Europa-Anträgen, die in Berlin ebenfalls abschließend beraten werden. Es geht dabei um die Verstärkung der Befugnisse des Europäischen Parlaments vor allem auf dem Gebiet des Haushaltsrechts sowie um eine Initiative zur "Förderung des europäischen Zusammenschlusses in der EWG".

Auch die FDP hatte einen Antrag über die parlamentarische Kontrolle der europäischen Organe vorgelegt. Berichterstatter zu sämtlichen Anträgen ist der CDU-Abgeordnete Furler, einer der Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments. Der außenpolitische Ausschuß des Bundestags billigte einstimmig einen Antrag, in dem eine wesentlich stärkere Berücksichtigung der Beschlüsse und Stellungnahmen des Europäischen Parlaments im EWG-Ministerrat gefordert wird. Die nationalen Parlamente der sechs EWG-Staaten verlieren immer mehr Rechte, ohne daß diese bis jetzt auf das Europäische Parlament übergehen. Die EWG-Kommission hat kürzlich Vorschläge unterbreitet, wonach ab 1967 die Abschöpfungen und Zölle direkt in die EWG-Kasse fließen sollen. Dies macht ebenso wie die Zusammenlegung der drei Exekutiven von EWG, Montanunion und Euratom eine parlamentarische Kontrolle durch das Europäische Parlament unerlässlich.

Die Europa-Debatte in Berlin ist ein Beweis dafür, daß West-Berlin ein Teil des freien, westlichen Europa, ein Teil der Europäischen Gemeinschaft ist. Die Regierungen der sechs EWG-Staaten haben sich bereits beim Abschluß des EWG-Vertrages in einer gemeinsamen Erklärung verpflichtet, "ihre guten Dienste dafür einzusetzen, daß alle erforderlichen Maßnahmen getroffen werden, um die wirtschaftliche und soziale Lage Berlins zu erleichtern, seine Entwicklung zu fördern und seine wirtschaftliche Stabilität zu sichern".